

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Kindergrundsicherung endlich umsetzen – Bundesratsinitiative starten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative für die zügige Einführung einer Kindergrundsicherung, die die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen verbessert, Kinderarmut bekämpft, einen erleichterten, unbürokratischen Zugang zu existenzsichernden Leistungen für Kinder und Jugendliche gewährleistet und zugleich eine verbesserte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Kinder und Jugendliche, über rein monetäre Leistungen hinaus, ermöglicht, zu ergreifen.

Diese Initiative soll zum Ziel haben:

1. Die Einführung eines monatlichen Grundbetrages für alle Kinder.
2. Die Einführung eines monatlichen Zuschlags für Kinder aus einkommensarmen Familien. Dieser Zuschlag soll mit steigendem Familieneinkommen, sobald die Eltern ihr eigenes Existenzminimum decken können, sinken. Dies soll ein altersgestaffelter Zuschlag sein, wie ihn die Düsseldorfer Tabelle und der Unterhaltsvorschuss auch jetzt schon kennen.
3. Die Übernahme von höheren Wohn- und Heizkosten für Kinder mit dem Anspruch auf den Zuschlag.
4. Die Übernahme weiterer in unregelmäßigen Abständen auftretender Bedarfe, wie beispielsweise Umzüge oder Klassenfahrten.
5. Die Kindergrundsicherung als eine Leistung des Kindes zu etablieren, die weder beim Bezug von Sozialleistungen noch innerhalb des Steuerrechts als Einkommen der Eltern oder anderer Haushaltsangehöriger angerechnet wird.

Begründung

Unbestritten gehört Kinderarmut zu einem der größten und skandalösesten Probleme in unserem Land. Allein in Berlin lebten über 150.000 Kinder und Jugendliche in Familien im Bürgergeldbezug.

Diesen Kindern und Jugendlichen sind von vornherein Zukunftsperspektiven verbaut und ihnen ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur sehr eingeschränkt möglich. Das stellt nicht nur für die Betroffenen ein enormes Problem dar, sondern wirkt sich auch gesamtgesellschaftlich negativ aus.

Die sozialen Sicherungssysteme, so wie sie gegenwärtig bestehen, sind nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Das hat viele Gründe. So sind die Leistungen oftmals zu niedrig bemessen, die Zugänge nicht niedrigschwellig und die Prozesse zu bürokratisch.

Hier kann eine Kindergrundsicherung ansetzen und Abhilfe schaffen. Auch die Bundesregierung hat sich dazu entschlossen, diesen Weg zu verfolgen.

Bisher ist aber wenig Konkretes, sieht man von einem Eckpunktepapier ab, geschehen. Vielmehr lassen die Äußerungen des Bundesfinanzministers, der nur wenig finanziellen Spielraum für eine Kindergrundsicherung sieht, befürchten, dass die Kindergrundsicherung in dieser Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt werden kann.

Damit die Einführung einer Kindergrundsicherung in dieser Legislaturperiode doch noch umgesetzt werden kann, ist ein Einwirken der Bundesländer auf die Bundesregierung notwendig.

Berlin, den 16. Mai 2023

Jarasch Graf Burkert-Eulitz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Seidel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke